

Digitale Souveränität

Berlin plant openDesk-Einsatz

[05.12.2025] Berlin plant nach erfolgreichen Tests im CityLab die Einführung der quelloffenen Officesuite openDesk in der Verwaltung. Das ITDZ stimmt sich dazu eng mit der Senatskanzlei und dem ZenDiS ab und bereitet erste Bereitstellungen einzelner Komponenten vor.

Berlin macht ernst mit digitaler Souveränität: Das Berliner IT-Dienstleistungszentrum [ITDZ](#) bereitet mittelfristig den Einsatz der quelloffenen Officesuite [openDesk](#) in der Berliner Verwaltung vor. Nach einem ersten User-Acceptance Test durch das Berliner Innovationslabor [CityLab](#) steht die Umsetzung der Office-Alternative nun auf der Agenda. Dies berichtet der Digitalpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Jan Lehmann, der sich auf eine schriftlichen Anfrage beruft. ITDZ und Senatskanzlei stehen laut Lehmann seit dem erfolgreichen Test im engen Austausch mit dem Zentrum für Digitale Souveränität der Öffentlichen Verwaltung ([ZenDiS](#)), um Einsatzmöglichkeiten zu klären. Geplant ist nun, dass das ITDZ der Berliner Verwaltung einzelne Komponenten von openDesk zur Verfügung stellt. openDesk bietet alle gängigen Funktionen für Textverarbeitung, Tabellenkalkulation und Präsentation, die für den Großteil der Verwaltungsarbeit notwendig sind.

Umstellungsaufwände sind gerechtfertigt

Die Senatskanzlei sieht langfristig das Potenzial, dass openDesk Microsoft Office komplett ersetzen könnte. Voraussetzung dafür sind ein Unterstützungsprozess für die Nutzerinnen und Nutzer in Form von Schulungen sowie die Anbindung der Fachverfahren an openDesk durch die Fachverfahrenshersteller. Die Umstellung von der gut eingeführten und breit genutzten Microsoft-Suite auf openDesk bedeutet also einmalige Kosten und Aufwand. Dies würde sich jedoch langfristig durch den Wegfall hoher Lizenzgebühren und durch die resultierende Stärkung der IT-Unabhängigkeit rechnen. „Die Einführungskosten sind zum Erlangen der digitalen Souveränität unabdingbar und alternativlos“, zitiert Lehmann die Senatskanzlei.

Digitalministerkonferenz fordert Länderbeteiligung am ZenDiS

Das ZenDIS ist das Kompetenz- und Servicezentrum des Bundes für digitale Souveränität. Seit 2024 stellt es auch openDesk bereit und entwickelt die Lösung weiter ([wir berichteten](#)). Die Länder können dem ZenDIS bisher jedoch nicht beitreten. Auf der 4. Konferenz der Digitalministerinnen und -minister, die am 24. November 2025 stattfand, brachte das Land Berlin den Vorschlag ein, den Bund erneut aufzufordern, dies zu ermöglichen. Bereits bei der Gründung des ZenDiS hatte Berlin eine Absichtserklärung zum Beitritt unterzeichnet.

(sib)